



Stadt Halle verändert

Stadtumbau und Gestaltung des Wandels als Leitmotiv für gemeinsames Handeln

Wirtschaft und Handel, Kultur und Stadtentwicklung, Wissenschaft und Bildung, Lebensart und Gemeinschaft werden in Halle künftig noch größer geschrieben. Denn dies sind die Schwerpunkte, auf die sich ab 2005 die Marketingaktivitäten der Stadtmarketinggesellschaft konzentrieren werden. Anschub und Rückenwind bekommt die Arbeit im Stadtmarketing nicht zuletzt durch die Kulturhauptstadtbewerbung unter dem Siegel „Halle verändert“. Demnach soll „Halle verändert“, mit dem die Stadt sich als europäische Kulturhauptstadt bewirbt, bis auf weiteres Motto und Credo der Stadt Halle zugleich werden und über die Phase der Kulturhauptstadtbewerbung der Stadt Halle hinaus in der Außendarstellung übergreifende Verwendung finden. Aber auch die 1200 Jahr-Feierlichkeiten im Jahr 2006 sollen den Prozess einer sich verändernden Stadt nach vorne bringen.

Auf dem weiteren Weg zur veränderten Stadt sollen in absehbarer Zeit mehrere Fachgruppen gebildet werden, die sich aus Experten und Vertretern hallescher Institutionen zusammensetzen. Aufgabe dieser Arbeitsgruppen wird im Wesentlichen die Begleitung und Ausgestaltung der unter Federführung der Stadtmarketinggesellschaft entwickelten Maßnahmen und Konzepte sowie der Erstellung von Zielmarken für das Jahr 2010 sein. Diese Zielmarken, an deren Erreichung alle Partner kooperativ mitwirken sollten, werden einmal im Jahr anhand von objektiven Kennzahlen, die vom isw Institut für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung gGmbH erarbeitet werden, überprüft und der Öffentlichkeit präsentiert.

Dass Halle eine Stadt in Veränderung ist, kann der Bürger allerorten spüren. So stellt auch Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler fest: „Tatsächlich ist es ja eine oft als unangenehm empfundene Tatsache, dass Halle sich tagtäglich verändert: Bis zum Stadtjubiläum 2006 werden wesentliche bauliche Verbesse-

rungen im Stadtbild umgesetzt sein.“ Doch die bauliche Veränderung beschreibe nur den äußeren, den offensichtlichen Aspekt der Veränderung: „Die Veränderung in den Köpfen und in den Lebenswirklichkeiten der Hallenserinnen und Hallenser und insgesamt in den sich verändernden Qualitäten der Stadt ist damit nicht abgebildet“.

Genau hier setzt die Stadtmarketingstrategie an: Halle ist schon jetzt eine sehr wertvolle und sehenswerte Stadt. In absehbarer Zeit wird Halle sich nach den Vorstellungen von SMG-Geschäftsführer Lothar Meyer-Mertel weiter zu einer lebenswerten Stadt der Lebensart, Kultur, Hochschule und Bildung verändert haben, in der Innovation, Multimedia und moderne Produktionstechnologien die Arbeitsgrundlage für viele Menschen bilden. Der Ansatz einer sich verändernden Stadt und der kreative und offene Umgang mit den behebbarsten Schwächen Halles leistet aus Sicht der SMG auch einen wichtigen Beitrag zum Wandel des Images der Stadt Halle nach außen.

Im Rahmen ihrer ersten Herbstkonferenz stellte die vor knapp einem Jahr gegründete Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH neben ihren Strategien und Strukturen die Arbeitsversion eines fast einhundert Seiten umfassenden Maßnahmenkataloges zum Marketing der Saalestadt für das Jahr 2005 vor. Der Katalog basiert auf kooperativem Marketing und führt zahlreiche Beteiligungsangebote an unterschiedliche Partner aus Handel und Wirtschaft, Tourismus und Kulturarbeit auf. „Im vollen Umfang“, so Meyer-Mertel, „lässt sich der Maßnahmenkatalog nur umsetzen, wenn wir eine breite Unterstützung erfahren. Es ist aber auch schon viel gewonnen, wenn es uns gelingt, die Partner auf ein zielführendes, gemeinsames Wollen und Wirken einzuschwören.“

leicht modifizierter Auszug aus Presseerklärung der SMG

EDITORIAL

Halle verändert - Stadtumbau als kulturelle Bereicherung! -

Stadtumbau verändert nicht nur die bauliche Umwelt, sondern auch das Nutzungsgeschehen der Stadt und prägt dadurch auch die dort lebenden Menschen. „Halle verändert 2010“ – dieses Motto der Kulturhauptstadtbewerbung der Stadt Halle, greift sehr treffend die prägende Kraft des tiefgreifenden Wandels auf, in dem sich die Stadt seit der Wende befindet.

Ob Halle die angestrebten Veränderungen bis zum Jahr 2010 – der Zielmarke als europäische Kulturhauptstadt – allesamt schaffen wird, bleibt abzuwarten. Wichtig aber ist, dass man sich seit geraumer Zeit bereits auf den Weg gemacht hat. Der Weg ist das Ziel, das sagen sich in der Stadt Halle in markanter Weise viele maßgebliche Akteurinnen und Akteure, die sich schon seit etlichen Jahren der Herausforderung stellen, den unausweichlichen Wandel in Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Verwaltung und Politik zu gestalten. Ziel ist die Schaffung zukunftsfähiger, vitaler und attraktiver Lebens-, Arbeits- und Nutzungsstrukturen, die im Heute und Morgen Raum bieten für die Entwicklung mannigfaltiger Lebenskulturen. Denn der Reichtum einer Stadt bemisst sich neben der Fülle auch an der Vielfalt von Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft. Eine solchermaßen im wahrsten Sinne des Wortes lebenswerte und spannungsreiche Buntheit einer Stadt erreicht man am besten durch die gleichzeitige Förderung verschiedener Entwicklungsstränge einerseits und dem Zulassen von Veränderung, dem Platz machen für Neues, andererseits. An Traditionen anknüpfen, aber eben auch Veränderungsbeurteilung aufbringen, den stetigen Wandel als etwas begreifen, das es wert ist, gestaltet zu werden – das prägt gerade auch den Stadtumbau in Halle.

Vor diesem Hintergrund ist es nur zu begrüßen, dass die Kulturhauptstadtbewerbung der Stadt Halle an dem „Ping-Pong-Effekt“, sprich der gegenseitigen Einflussnahme, von Stadtentwicklung und Kultur ansetzt.

Fortsetzung Seite 2

HALLE 2010

Die Kulturstadt **VERÄNDERT**
an der Saale

EDITORIAL

Fortsetzung von Seite 1

Dass dies am konkreten Beispiel einer ostdeutschen Großstadt geschieht, die nicht erst seit der Wiedervereinigung, sondern auch weiter zurück in ihrer Historie immer wieder aufs Neue ihre Gestaltungskraft und ihren Reformwillen bewiesen hat, überzeugt dabei besonders. Die bislang weitgehend positive Resonanz auf dieses ungewöhnliche Grundmotiv einer Bewerbung um den Titel der Europäischen Kulturhauptstadt 2010 zollt zuallererst auch den Stadtumbauakteuren vor Ort, als jenen, welche diese Entwicklung bislang in vielfacher Weise zu schultern hatten und noch haben, die notwendige Anerkennung und macht Mut für Zukünftiges.

Dr. Michael Schädlich/ Anita Steinhart,
isw Institut

Erwartungen der Wohnungswirtschaft an die Politik

Anlässlich des Verbandstages 2004 stellten die Verbandsdirektoren Ronald Meißner, VdW sowie Jost Riecke, VdWg im Rahmen einer Pressekonferenz u.a. ihre Erwartungen an die Politik dar. Sie fanden dafür folgende konkrete Formulierungen:

1. Die im Stadtumbauprogramm Ost bis zum Jahr 2010 vorgesehenen Fördermittel müssen im Bundes- und Landeshaushalt der nächsten Jahre auch tatsächlich und in voller Höhe bereitgestellt werden.
2. Wir unterstützen die Initiative des Landes Sachsen-Anhalt, die zum Inhalt eine mehrjährige Verwaltungsvereinbarung zum Stadtumbau mit dem Bund beinhaltet.
3. Wir erwarten eine Fortführung der Investitionszulage für den Mietwohnungsbereich ab 2005.
4. Wir erwarten für 2005 eine Wohnungsbauför-

derung als Ergänzung zum Stadtumbauprogramm.

5. Wir halten an unserer Grundforderung fest, dass für alle Abrisse – unabhängig von § 6a AHG – die Altschuldenentlastung gewährt werden muss.
6. Die Mittel für die voraussichtlich eingesparte Eigenheimzulage müssen in den Wohnungsbestand gelenkt werden und dem Stadtumbau zur Verfügung stehen
7. Bei der Umsetzung der Hartz IV-Reform erwarten die Wohnungsunternehmen von allen Landkreisen und kreisfreien Städten die Festlegung angemessener Mietobergrenzen mit ausreichenden Toleranzbereichen, damit keine Umzugswelle entsteht.“

Auszug aus der Presseerklärung des VdW /VdWg zum Verbandstag 2004

Verbandstag Sachsen-Anhalt 2004

Inhalte und Ergebnisse des wohnungswirtschaftlichen Verbandstages 2004 in Dessau

Im Rahmen des gemeinsamen Verbandstages führten beide Verbände wiederum ihre traditionelle wohnungspolitische Veranstaltung durch.

In seiner Begrüßung konnte VdW-Verbandsdirektor Jost Riecke im Anhaltischen Theater Dessau über 300 Gäste aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung, Kammern und Organisationen herzlich willkommen heißen. Als inhaltliche Schwerpunkte sprach Jost Riecke die Themenkreise Stadtumbau, § 6a AHG, Investitionszulagengesetz, Eigenheimzulage, Wohnungsbauförderung und Hartz IV an.

Bauminister Dr. Karl Heinz Daehre hatte viel Positives zu berichten. Die Stadtumbauförderung Sachsen-Anhalt ist als Schwerpunkt der Landesregierung in den Haushalten 2004 – 2006 sichergestellt, damit die Co-Finanzierung der Altschuldenentlastung nach § 6 a AHG. Bis Ende 2004 wird der



(v. l. n. r. Ronald Meißner, Dr. Karl-Heinz Daehre, Ellen Schultz, Albrecht Hatton, Günther Troppmann, Manfred Hilgen, Jost Riecke)

Abriss und Rückbau von über 30.000 Wohnungen sichergestellt.

Das Land Sachsen-Anhalt unterstützt die Initiative zur Förderung der Investitionszulage und der Grunderwerbssteuerbefreiung bei Fusionen. Und noch etwas: Das Land Sachsen-Anhalt verzichtet auf eine Anpassung der Zinsen der bisher zinslosen Darlehen aus der Landesförderung der 90er Jahre auf Kapitalmarktniveau bzw. darüber hinaus für den Bereich des Mietwohnungsbestandes. Diese Regelung gilt zunächst für die Jahre 2005 und 2006.

In seinem Schlusswort fasste VdWg-Verbandsdirektor Ronald Meißner die wesentlichen Ergebnisse zusammen und bedankte sich für die angebotene und bisher praktizierte Zusammenarbeit.

Ronald Meißner
VdWg-Verbandsdirektor Sachsen-Anhalt

INHALT

Presseerklärung des VdW / VdWg
Erwartungen der
Wohnungswirtschaft an die Politik.....2

Roland Meißner
Verbandstag Sachsen-Anhalt 20042

Karl-Heinz Daehre
Stadtumbauförderung 2005 und
Programmausgestaltung bis 2009.....3

Jochen Hoffmann
Verbessertes Auszahlungsverfahren
bei Abrissförderung.....3

Doris Henning
PR für den Stadtumbau heißt
Mieter und Bürger mitnehmen4

Dr. Dirk Furchert
PR-Kampagne –
Erfahrungen und neue Schwerpunkte4

Lutz Schultz
Erstpräsentation der Ausstellung zu
Wohn- und Lebensqualität5

Ausstellung zur Wohn- und Lebensqualität.....5

Grit Gröbel
Public Relations für den Stadtumbau –
Neuland für PR-Agenturen.5

Hallery – Memory im Großformat5

Martin Krems
Evaluation von IBA-Städten
IBA diskutiert Sozialengagement.....6

Siegfried Schneider
Bundesweite Fachkommission tagte in Halle.....6

Helmut Maurer
Wenn die Wohnung zur (Stadtum-) Baustelle wird...6

BMW A fördert Forschungsvorhaben zur Fernwärme...7

Anita Steinhart
Kommunale Gebührensonderbelastungen
im Zuge des Stadtumbaus7

Stadtumbau Sachsen-Anhalt - Quo vadis8

Privatinitiative „Stadtumbau“8

Stadtumbauverträge und Quartiersvereinbarungen...8

Termine/Veranstaltungen.....8

Stadtumbauförderung 2005 und Programmausgestaltung bis 2009

Bericht von der Sitzung des Stadtumbaubeirates

Auf der Sitzung des Beirates „Stadtumbau in Sachsen-Anhalt“ am 09. September des Jahres herrschte Übereinstimmung darüber, dass die Förderung Stadtumbau Ost auch künftig oberste Priorität genießen muss. Es wurden die Schwerpunkte des Programmjahres 2005 diskutiert und Überlegungen angestellt, wie weitere Hemmnisse ausgeräumt werden können, um den Stadtumbauprozess zu beschleunigen.

Für die weitere Programmausgestaltung über die Gesamtlauzeit des Programms „Stadtumbau Ost“ ist es unerlässlich, bereits Erreichtes fortzuführen. Hierzu gehören die Aufhebung der Hälfte 50 % Aufwertungsmittel – 50 % Abrissmittel zu Gunsten des Abrisses, auch wenn der Aufwertungsanteil ab 2005/2006 wieder ansteigen sollte. Daneben bleibt die Anerkennung der Mittel der Abrisspauschale des Programms „Stadtumbau - Ost“ als Länderbeitrag gemäß Altschuldenhilfverordnung unerlässlich. Auch die Erhöhung der durch den Bund im ersten Jahr zugewiesenen Barmittelrate für den Abriss war ein wichtiger Schritt für die Fördermittelempfänger. Seit diesem Programmjahr besteht für die Unternehmen die Möglichkeit der Vorfinanzierung bewilligter Fördermittel für Wohnungsabriss über ein Darlehensprogramm der Investitionsbank. Darüber hinaus können sie einen Abschlag in Höhe von bis zu 30 Euro je Quadratmeter rückzubauender Wohnfläche erhalten, um notwendige Vorbereitungsmaßnahmen in Gang zu bringen. Auch die Verzahnung geförderter Abrissmaßnahmen

mit Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung ist weiterhin möglich.

Entlastungen bringen auch der Erlass der Grunderwerbsteuer bei Fusionen bzw. Spaltung von Wohnungsunternehmen und die inzwischen zugelassene Verwertungskündigung.

Es bleibt weiterhin bei der Forderung an den Bund, die Finanzhilfen auf der Grundlage mehrjähriger Verwaltungsvereinbarungen bereitzustellen und die Bereitstellungszeit der bewilligten Fördermittel von derzeit fünf auf zwei bis drei Jahre zu verkürzen. Im Hinblick auf die fehlenden Ersatzsicherheiten der Wohnungsunternehmen anstelle der durch den Abriss der Gebäude erheblich im Wert geminderten Grundstücke wird an dem Anspruch festgehalten, dass sich der Bund an einem Bürgschaftsprogramm beteiligt.

Der Genehmigungsvorbehalt des Bundes hinsichtlich der ergänzenden Einzelvorhaben außerhalb des Fördergebiets im Einzelfall sollte auf die Länder übertragen werden. Darüber hinaus ist der regelmäßige Abschluss der Verhandlungen zur Verwaltungsvereinbarung bis zum Jahresende dringend erforderlich. Es müssen neue Modelle diskutiert werden, wie der kommunale Finanzierungsanteil bei den Städtebauprogrammen gesenkt bzw. durch Dritte übernommen werden kann.

Innerhalb der Regelungskompetenz auf Landesebene muss erreicht werden, dass die bislang praktizierte Anteilsfinanzierung im Programmteil Abriss auf eine Festbetragsfinanzierung umge-

stellt wird. Es wird zukünftig auch darauf ankommen, dass die Wohnungsunternehmen eigenfinanzierte Abrisse vornehmen und durch sinnvolle Investitionen in den Bestand die Innenstadtentwicklung forcieren. Vorgesehen ist, dass solchen Wohnungsunternehmen bei der Vergabe von Fördermitteln für weitere Abrisse ein Vorrang eingeräumt werden soll. Weitere Handlungsansätze, wie überzeugende Anreize für das Wohnen in den Innenstädten geschaffen werden können, sind zu erarbeiten.

Die Fortführung der Investitionszulage für den Mietwohnungsbau ist mindestens bis zum Ende der Laufzeit des Programms „Stadtumbau-Ost“ durchzusetzen. Die generelle Streichung der Altschulden für alle leerstehenden und abzureißenden Wohnungen unabhängig von der Unternehmenssituation und die Aufstockung der Mittel zur Umsetzung der Altschuldenhilfverordnung durch den Bund müssen umgesetzt werden. Auch die Banken müssen sich stärker in den Erneuerungsprozess einbringen.

Nur wenn der Wohnungsmarkt stabilisiert werden kann, die Wohnungseigentümer wirtschaftlich gesunden und sehr differenzierte Angebote vorhalten, wird die weitere gedeihliche Stadtentwicklung möglich sein.

*Dr. Karl-Heinz Daehre
Minister für Bau und Verkehr des Landes
Sachsen-Anhalt*

Verbessertes Auszahlungsverfahren bei Abrissförderung

Angebot der Investitionsbank Sachsen-Anhalt

Die Unterstützung von städtebaulichen Aufwertungsmaßnahmen und dem Abriss bzw. Rückbau dauerhaft leerstehender Wohngebäude stellt in Sachsen-Anhalt auch 2004 einen Schwerpunkt der öffentlichen Förderung dar. Insbesondere die Abrissförderung hat im Jahr 2004 erhebliche Veränderungen erfahren, die im Folgenden kurz skizziert werden.

Die zwischen Bund und Ländern getroffene Verwaltungsvereinbarung zum Stadtumbau Ost schreibt eine Auszahlung der Fördermittel in fünf Jahrestanchen vor. Die Wohnungsunternehmen waren dadurch in der Vergangenheit gezwungen, die bewilligten Fördermittel über längere Zeiträume vorzufinanzieren. In der Folge verzögerten sich viele Abrissvorhaben oder scheiterten an den fehlenden finanziellen Mitteln. Um hier entgegenzuwirken und die Umsetzung der städtebaulichen Entwicklungskonzepte sicherzustellen, hat die Landesregierung in Zusammenarbeit mit der Investitionsbank ein

verbessertes Auszahlungsverfahren für im Jahr 2004 bewilligte Vorhaben entwickelt.

Die antragsprüfende und bewilligende Stelle ist weiterhin die zuständige Kommune. Der Anspruch auf Auszahlung des bewilligten Zuschusses entsteht grundsätzlich nach Erfüllung des Zweckzweckes, d.h. nach erfolgreichem Abriss und Vorlage des vollständigen Verwendungsnachweises bei der Investitionsbank. Neu ist, dass der Zuwendungsempfänger die Wahl zwischen der bislang praktizierten Auszahlung in fünf Jahrestanchen oder einer einmaligen -abdiskontierten- Gesamtauszahlung hat. In diesem Fall beträgt der abdiskontierte Zahlungsbetrag derzeit 56/60 der förderfähigen Kosten je qm Wohnfläche. Der einbehaltene Betrag zählt zudem zu den förderfähigen Kosten. Neu im Programmjahr 2004 ist auch die Möglichkeit, bereits vor Abriss und Verwendungsnachweisprüfung, eine einmalige Abschlagszahlung zu erhalten. Voraussetzung hierfür ist, dass

das Abrissobjekt vollständig leergezogen wurde und zum Abriss bereit steht. Für die Beantragung genügt die Aufstellung der bisher angefallenen, dem Abrissobjekt zuzurechnenden Kosten. Die Höhe der Abschlagszahlung bemisst sich sowohl nach den angefallenen Kosten als auch nach der Wahl der Auszahlung - in fünf Jahrestanchen oder in einer Summe. Ziel der veränderten Auszahlungsmöglichkeiten ist eine schnellere Verfügbarkeit der Mittel für die Zuwendungsempfänger, um so den Stadtumbau voranzutreiben.

Nähere Auskünfte zum Thema Abrissförderung 2004 sind erhältlich im Internet unter www.ib-sachsen-anhalt.de oder direkt bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt, Domplatz 12, 39104 Magdeburg (Frau Zörner/ Frau Klinke – 0391/ 589-1745).

*Jochen Hoffmann
Abteilungsleiter Wohnungsbauförderung
Investitionsbank Sachsen-Anhalt*

Mitte des Jahres startete die PR-Kampagne zum Stadtumbau in Halle in die zweite Runde. Die inhaltliche Arbeit leistet ein „Redaktionsbeirat“ mit Unterstützung der neu ausgewählten PR-Agentur Signum aus Halle. Unter Vorsitz von Fachbereichsleiter Dirk Furchert, Stadt Halle, hat sich das Redaktionsbeirats-Team neu formiert und ging mit viel Elan an die Erarbeitung eines Masterplanes zur Vorplanung der PR-Aktivitäten für das kommende Jahr. Finden Sie im Folgenden einige Blicklichter aus der bisherigen und zukünftigen Arbeit in bunter Mischung dargestellt.

PR für den Stadtumbau heißt Mieter und Bürger mitnehmen

Es war ein langes Gespräch und es hatte kontrovers begonnen. Nein, so das Ehepaar am Info-Stand der Wohnungsgesellschaft, nein, es könne nicht verstehen, weshalb ihr Elfgeschoss im nächsten Jahr abgerissen werde. Wahrscheinlich läge es nur daran, dass der Vermieter zu wenig für die Sanierung getan hat und dafür, Mieter für die leer stehenden Wohnungen zu finden. Eine gute halbe Stunde später war zwischen den Mietern und ihrem Gesprächspartner zumindest Verständigung darüber erreicht, dass Wohnungsleerstand etwas mit dem gravierenden Bevölkerungsrückgang und dem Wegzug vieler zu tun hat, dass es deshalb notwendig ist, auf diesen Rückgang zu reagieren und dass man die Stadt entsprechend verändern muss.

Auch, wenn nicht alle Bedenken und Einwände ausgeräumt werden konnten, Gespräche wie dieses zum Stadtteilstand in Halle-Neustadt gehören zu den wichtigen „kleinen“ Maßnahmen, die helfen, das Thema Stadtumbau anschaulich zu vermitteln. Sie neh-

men direkten Bezug auf Interessen, Erfahrungen, auch Ängste der Bürger und werden deshalb stärker als bisher die Arbeit des Redaktionsbeirates „PR-Kampagne Stadtumbau“ bestimmen.

Um über zielgruppengerechte Informationen das Verständnis für notwendige Prozesse zu wecken, sollen noch mehr die Eigenmedien der Netzwerk-Akteure wie Kunden- und Mieterzeitungen genutzt werden. Eine Beitragsreihe mit sympathischen Geschichten aus den Wohngebieten wird den Veränderungsprozess zum Inhalt haben. Diese und weitere Teilprojekte werden sich entsprechend des inzwischen bestätigten Arbeitsplanes gegenüber den beiden Vorjahren mehr auf den lokalen Aktionsradius ausrichten, kleinteiliger und spezifischer werden.

Dass dadurch die Außenwirkung des Themas vernachlässigt wird, ist nicht zu befürchten. Mit der neu gegründeten Stadtmarketinggesellschaft profiliert sich zunehmend der Partner für diesen Aufgabenbereich. So wollen sich die Stadtmarketing Experten, die neu für

die Mitarbeit im Redaktionsbeirat gewonnen werden konnten, zukünftig bspw. verstärkt der „Stadtumbaubotschafter“ annehmen. Dabei handelt es sich um jene rund 20 Prominente aus Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur in der Stadt, welche im Zuge der ersten PR-Runde vom Redaktionsbeirat als Botschafter für das Thema „Stadtumbau“ in ihren jeweils ureigenen Aktionsbereichen begeistert werden konnten.

Doris Hennig,
Pressesprecherin
GWG Halle-Neustadt

PR-Kampagne – Erfahrungen und neue Schwerpunkte

Seit nunmehr fast drei Jahren machen aktive Wohnungseigentümer, Versorger und Stadtverwaltung gemeinsam Öffentlichkeitsarbeit für den Stadtumbau in Halle. Ziel ist, den Prozess des Anpassens der Stadt an eine neue Zeit zu erklären – mehr aber noch: Menschen zu gewinnen. Vor allem geht es um jene, die in dieser Stadt wohnen, die so radikal verändert – umgebaut – wird. Sie anzusprechen, zu erreichen, dass sie sich einbringen in diesen Lauf der Dinge, ihn „mit zu gestalten“, mit ihrer Meinung „mit zu lenken“, ist Anliegen der „PR-Kampagne Stadtumbau“, die von einer Agentur umgesetzt und einem Redaktionsbeirat mit Vertretern der Initiatoren fachkundig begleitet wird.

Derzeit befindet sich die Kampagne in ihrer zweiten Phase. Ging es in den ersten beiden Jahren vor allem darum, Informationen zu bündeln, den Begriff „Stadtumbau“ vom Abriss-Bild wegzurücken, positiv zu besetzen und bundesweit auf das Konzept von Halle aufmerksam zu machen, so konzentriert sich die Arbeit in den Jahren 2004 und 2005 darauf, die Hallenserinnen und Hallenser emotional zu erreichen und den geknüpften Kommunikations-Faden zu festigen. Jetzt, da in den Umbauprozess eine bestimmte Dynamik hineingekommen ist, stehen ganz praktische Fragen im Vordergrund und die Vermittlung des Gefühls „Wir schaffen das“. Zahlreiche Kommunikationswege sind zwischenzeitlich beschritten worden, um möglichst alle zu erreichen, die es betrifft: Netzwerkbriefe, Fachzeitschriftenartikel und Internet-Angebote für die Fachleute, Fernsehberichte und Artikel für die Hallenserinnen und Hallenser, Diskussionsforen, Rundgänge, Stadtteilbüros für die Menschen vor Ort, ja sogar Spiele zum Stadtumbau für die Jüngsten usw. Hinzu kommen nun neue Angebote. Schüler in den Grundschulen werden angesprochen. Eine Wanderausstellung zum Thema „Leben in Halle und Stadtumbau“ wird durch die Stadt gehen. Neue Medien und Aktionen in neuer Qualität, wie eine Foto-Wanderausstellung, ein Schüler-Wettbewerb, oder die Aktion „Mein Halle blüht auf“ ergänzen die Palette.

Dr. Dirk Furchert, Leiter des
Redaktionsbeirates, Stadt Halle



Gern nutzen die Wohnungsunternehmen von Halle-Neustadt das jährliche Sommerfest, um mit ihren Mietern ins Gespräch zu kommen.

Erstpräsentation der Ausstellung zu Wohn- und Lebensqualität

Die Mitgliederversammlung des Mietervereins Halle & Umgebung e.V. fand in diesem Jahr im „Kleinen Saal“ des Stadthauses am Markt statt. Der öffentliche Teil der Veranstaltung wurde durch die erstmalige Präsentation der Wanderausstellung zur Wohn- und Lebensqualität in Halle eindrucksvoll unterstützt. Die sieben großflächigen Informationstafeln waren im Eingangsbereich aufgestellt, so dass sich der Blick der Besucher der Veranstaltung sofort auf die farbenfrohen, transparentartigen Plakate richtete. Das Thema Wohnen und Leben in Halle wurde in den Teilnehmergegesprächen gleichsam mit dem Stadtumbau und der Wohnumfeldproblematik verknüpft. Die im Redaktionsbeirat Stadtumbau entstandene Idee, die Schautafeln auf Postkarten zu projizieren und der Ausstellung als Mitnahmeobjekte beizulegen, fand besonderen Anklang. So hielt jeder Besucher „ein Stück Wohn- und Lebensqualität“ seiner Stadt Halle in den Händen oder kann sie bei Bedarf versenden.

y y y

Lutz Schultz, Mieterverein Halle und Umgebung e.V.

TIPP: Die **Ausstellung zur Wohn- und Lebensqualität** in Halle wurde auch auf dem diesjährigen Familienfest der EVH präsentiert.



Sie umfasst sieben Plänen mit den Maßen 1 x 2 m mit einem eigenständigen Ständersystem, so dass keine speziellen Aufhängevorrichtungen benötigt werden. Die Ständer stehen auf dem Boden und nehmen nach hinten eine Tiefe von ca. 50 cm ein (Wandabstand). Interessenten können die Ausstellung mit allen sieben, aber auch weniger Tafeln *kostenlos ausleihen über: signum, Frau Gröbel, Telefon 0345/ 205 12 0 oder groebel@signum.de*. Die Agentur übernimmt auch den Auf- und Abbau der Tafeln. Inhaltliche Anfragen nimmt weiterhin das isw Institut, Frau Steinhart, Tel. 0345/ 52 13 60 entgegen.

TIPP: Hallery – Eine Art „Memory“ für Jung und Alt in Großformat mit 18 Halle-Bildern (35 x 35 cm).



Spielerisch werden die Bewohner und Gäste der Stadt an die lebenswerten Dinge Halles erinnert oder darauf aufmerksam gemacht. Ausleihbar für Stadt-(teil)festen, Aktionstage in Kindergärten, in Grundschulen, aber auch als Pausenereignis für Tagungen und überall sonst, wo Sie Ihren Mietern, den Bürgern oder Gästen von Halle im Rahmen einer Veranstaltung eine spielerische Freude machen wollen. Alles was Sie brauchen ist Platz für die 3 x 4 m große Auflagefläche aus blauem Stoffvlies.

Kostenlose Ausleihe möglich über signum, Grit Gröbel, Tel 0345/ 20 512 0 oder groebel@sign-um.de

Public Relations für den Stadtumbau – Neuland für PR-Agenturen

Public Relations ist für Menschen gemacht. Und wenn mit ihr ein Prozess begleitet wird, der neue Chancen und Qualitäten für die Menschen zu Tage fördert, dann ist das eine Aufgabe, bei der wohl jedem Öffentlichkeitsarbeiter das Herz höher schlägt.

Für den Prozess des Stadtumbaus in Halle (Saale) gilt das altbekannte Sprichwort, dass die Themen buchstäblich auf der Straße liegen. Dabei ist die größte Stadt Sachsen-Anhalts nicht allein, sondern steht vor demselben Problem der Schrumpfung wie europaweit immer mehr Städte. Allerdings läuft diese Entwicklung in den ostdeutschen Kommunen im Zeitraffer ab.

Kommt man mit den Bürgern ins Gespräch – insbesondere mit denen, die in den Umstrukturierungsgebieten leben – wird ihr Wunsch nach einem weiter entwickelten Wohn- und Lebensumfeld spürbar. Sie erleben Stadtumbau Schritt für Schritt und sehen, wie verdeckte Schönheiten wieder hervortreten.

Die Hallenser wollen nicht, dass eine schrumpfende Stadt automatisch eine schlechtere Stadt bedeutet. Ihre Verbundenheit mit dem Viertel, in dem man auch schon mal Du auf Du ist, wird deutlich. Genau das ist der Nährboden, auf dem Public Relations für den Stadtumbauprozess fruchtet. Deswegen ist das Anliegen des Netzwerkes „Stadtumbau in Halle“, mit der PR-Arbeit speziell die Einwohner in den Stadtumbauquartieren anzusprechen, kein einfacher jedoch ein guter Weg. Gut, weil er nachhaltig ist. Gut, da er die Menschen animiert, sich mit dem Thema Stadtumbau zu beschäftigen.

Wird signum in diesem Prozess gefragt, ob das PR-Thema Neuland für die tägliche Arbeit sei, so ist auch hier die Antwort im übertragenen Sinn zu finden: Ja, Neuland, da noch viel Land zu bestellen ist. Was bedeutet, die Menschen durch die Öffentlichkeitsarbeit des Netzwerkes Stadtumbau in den Prozess zu involvieren. Denn wer einbezogen wird, fühlt sich positiv mitgenommen. Ein kleiner aber wichtiger Schritt, um in einer Stadt zu wohnen, in der man auch gerne lebt.

y y y

Grit Gröbel, signum Public Relations

Evaluation von IBA-Städten

In einem Verfahren, das seinesgleichen sucht, wurden jetzt alle zwölf Städte evaluiert, die im Jahr 2003 als Themen-Städte der Internationalen Bauausstellung Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010 bestätigt wurden. In allen Städten fanden moderierte Evaluationsveranstaltungen statt, in denen die Städte und die vor Ort beteiligten Partner, die Stadtratsfraktionen, das IBA-Büro und die beteiligten Ministerien alle Fakten zum jeweiligen IBA-Thema auf den Tisch legten und Bilanz zogen. Ziel war es, nach einem Jahr kritisch zu überprüfen, was aus den guten Ideen geworden ist und wie ihre Umsetzung eingeleitet wurde.

Bei der abschließenden Beratung des IBA-Lenkungsausschusses am 3.11.2004 in Magdeburg wird für jede Stadt ein Mitglied des Ausschusses als Berichtserstatter fungieren. Im Anschluss werden die beteiligten Städte über das Ergebnis informiert.

Die in diesem Jahr neu aufgenommenen Städte Merseburg, Stendal und Wanzleben sind von dem Verfahren noch nicht betroffen. Künftig werden alle IBA-Städte jährlich evaluiert.

IBA diskutiert Sozialengagement

Am 17.11.2004 findet zum zweiten Mal das Internationale Kolloquium der IBA in der Magdeburger Johanniskirche statt. Thema ist in diesem Jahr der Zusammenhang von Stadtumbau und Sozialstaatumbau: „Sozialer Umbau und bürgerschaftliche Kultur“ heißt das Motto der Tagung mit namhaften internationalen Experten: Wie verändern sich das städtische Leben und das Engagement der Bürger und Bürgerinnen? Welche Steuerungsmöglichkeiten bleiben den Kommunen? Wie gestalten Bürger und Bürgerinnen heute ihre Stadt?

Bereits am Vortag findet eine Exkursion in die IBA-Städte Dessau, Lutherstadt Eisleben und Magdeburg statt.

Information und Anmeldung zu beiden Veranstaltungen unter www.iba-stadtumbau.de.

*Martin Krems,
Pressesprecher IBA Stadtumbau*

Bundesweite Fachkommission tagte in Halle

Ende September diesen Jahres tagte die Fachkommission Wohnungsbauförderung in Halle.

Als ein Gremium der Bauministerkonferenz, der Konferenz der für Städtebau, Bau und Wohnungswesen zuständigen Minister und Senatoren der Länder (ARGEBAU), setzt sich die Fachkommission Wohnungsbauförderung aus den Leitern der Wohnungsbauförderung der 16 Bundesländer sowie den jeweiligen Verantwortlichen bei den Investitionsbanken und Landesförderinstituten zusammen.

Das Land Sachsen-Anhalt, das für die Vorbereitung und Ausrichtung dieser Veranstaltung verantwortlich war, hat als Einladender die Gelegenheit ergriffen, speziell auf die gegenwärtige Situation in den östlichen Bundesländern hinzuweisen. Dabei ging es schwerpunktmäßig um die Notwendigkeit der Fortführung der Investitionszulage und den Stadtumbau Ost.

Vor Ort wurden diese Problemstellungen aussagekräftig durch die fachkundigen Vertreter der Stadt Halle und der Wohnungsgesellschaft Halle untermauert. Ihnen gelang es, das in der Stadt Halle bisher Geleistete eindrucksvoll vorzustellen. Gleichzeitig ließen sie aber auch deutlich

erkennen, wo trotz allem auch in Zukunft noch großer Handlungsbedarf besteht. Gerade für die Vertreter der alten Bundesländer, die sich ebenfalls immer stärker mit der Problematik des Stadtumbaus auseinandersetzen müssen, wurde optisch erkennbar, welche Schwierigkeiten es bei der Umsetzung der gestellten Ziele, wie hier in den neuen Bundesländern, gibt.

Entsprechend der Tagesordnung wurden noch weitere Themen, wie z. B. die Entwicklungen zu „Basel II“, ein Ausblick auf die künftige Finanzierung von Wohnungsbaumaßnahmen, das Ergebnis einer Umfrage bei 60 Gemeinden zur Entwicklung des sozialen Mietwohnungsbestandes diskutiert. Auch Probleme bei der Gebäude- und Wohnungszählung, der Bericht der Expertenkommission Wohnungsgenossenschaften und die Konsequenzen aus Hartz IV für die künftige Wohnungspolitik wurden im Rahmen der zweitägigen Sitzung der bundesweiten Fachkommission „Wohnungsbauförderung“ in Halle besprochen.

*Siegfried Schneider
Referatsleiter*

Ministerium für Bau und Verkehr Sachsen-Anhalt

Wenn die Wohnung zur (Stadtum-) Baustelle wird Mieterbetreuung neben Öffentlichkeitsarbeit sehr wichtig

Frau Doege aus der Kleinen Wallstraße 1 wohnt seit 1991 in der „Platte“. Die in den 80er Jahren erbauten Häuser der halleschen Innenstadt werden gegenwärtig im bewohnten Zustand saniert. Von Juli bis Dezember 2004 sind die Handwerker in 403 Wohnungen aktiv.

Bereits zu Jahresanfang erhielten alle Mieter eine Erstinformation, doch noch sehr allgemein. Mit der Modernisierungsankündigung folgten persönliche Gespräche der Wohnungswirtschaftler und der Bauleitung. Die einzelnen Maßnahmen wurden objektkonkret erläutert und die Bemusterung erfolgte. Die richtige Reihenfolge der Besuche ist von großer Bedeutung. So wurden die Mitarbeiter des Planungsbüros beim Aufnehmen der Wohnungsdetails für Gesprächspartner gehalten. Die Verwirrung war groß, als diese wenig Gesprächig waren und zu Absprachen

eine ablehnende Haltung zeigten. Einige Mieter wandten sich sofort an die regionale Presse, die das Thema aufgriff und richtig darstellte.

Kommunikation bei einem solchen Bauvorhaben ist nicht alles, aber das positive Anliegen der HWG zur Verbesserung der Wohnbedin-

gungen ist ohne umfangreiche Kommunikation nicht zu vermitteln. Darum hat die HWG ein Mieterbüro und die Bauleitung ein Baubüro im Sanierungsbestand eingerichtet. Sprechstunden gibt es zweimal die Woche zu je 2-3 Stunden bis 18.00 Uhr, das erscheint ausreichend.

Auch Frau Doege war des Öfteren dort. „Kleinere Mängel habe ich sofort gemeldet.“ Diese sind nun alle behoben, bei ihr sind die Handwerker durch.

*Hartmut Maurer,
Pressesprecher HWGmbH Halle*



Stadtumbau bei Frau Doege

BMWA fördert Forschungsvorhaben zur Fernwärme

In den neuen Bundesländern findet gegenwärtig ein wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel statt. Der nicht mehr benötigte Wohnraum nimmt ständig zu, und diese Entwicklung unterliegt derzeit auch keiner Trendänderung. Geschlossene Plattenbauwohngebiete sind von den Leerständen besonders betroffen. Der Rückbau von Wohnhäusern in derartigen Gebieten hat bereits begonnen und setzt sich in dramatischer Weise fort. 28.300 Wohnungen wurden 2003 abgerissen. Insgesamt stehen in den neuen Ländern derzeit 1,2 Millionen Wohnungen leer, die meisten in Sachsen und Sachsen-Anhalt.

Betroffen davon ist nicht nur die Wohnungswirtschaft, sondern auch die gesamte Infrastruktur. Die Wohngebiete werden ausgedünnt, und das bedeutet für alle Ver- und Entsorgungsunternehmen höhere spezifische Aufwendungen, Kosten für Umverlegungen, Provisorien und Rückbauten. Die Kosten steigen exponentiell mit sinkender Siedlungsdichte.

Zur Unterstützung der FernwärmeverSORger fördert deshalb das BMWA ein Forschungsprojekt in den Städten Erfurt, Halle, Hoyerswerda, Plauen und Zwickau. Das Forschungsvorhaben untersucht, wie durch rationelle Konzeptveränderungen die Fernwärmesysteme fit gemacht werden können für die enormen wirtschaftlichen Einschnitte. Diese fünf Städte stehen stellvertretend für die gesamte Fernwärmebranche, vorwiegend in Ostdeutschland. Ähnlich gelagerte Fälle deuten sich auch in einzelnen Städten der alten Bundesländer an, doch ist dort die Situation nicht

so genereller Natur und auch nicht so dramatisch wie in den neuen Ländern.

Im Forschungsprojekt werden spezielle Strategien für die Projektteilnehmer erarbeitet und daraus verallgemeinerungsfähige Beispiellösungen für andere betroffene Städte entwickelt. Insgesamt kann man von rund 1 Million fernwärmebeheizter Plattenbauwohnungen ausgehen, hinter denen



Außen schön und innen warm - die parallelen Prozesse von Abriss und Aufwertung von Häusern erfordern Anpassungsstrategien für die Fernwärmeversorgung von Großsiedlungsgebieten

sich u. a. ein Anlagenwert von etwa 1,4 Mrd. € für Wärmeerzeugung, Wärmeverteilung und Kundenstationen verbirgt. Die wirtschaftliche Zielstellung besteht darin, das vorhandene Anlagenkapital optimal weiter zu nutzen, durch gezielten Rückbau zu entlasten und Änderungsinvestitionen auf einem möglichst niedrigen Niveau zu hal-

ten. Eine wesentliche und übergreifende Teilproblematik stellen die 42,4 km begehbare Sammelkanäle und 13,2 km Leitungsgänge in den Wohnkomplexen der fünf genannten Städte dar. Hierbei ist für Weiternutzung, bauliche Sicherung, Rückbau oder Teiltrückbau zu entscheiden.

Obwohl die Ergebnisse erst zum Jahresende vorliegen werden, zeichnet sich ein wirtschaftlicher Weiterbetrieb der Fernwärmenetze ohne Subventionen ab. Die Umverlegungs- und Rückbaumaßnahmen dürften die Versorger jedoch nicht aus eigener Kraft stemmen können, da wird bauliche Förderung benötigt. Auch eine „ordnende Hand“ des Abrisses mit dem Ziel geringster Kosten wird von den Versorgern angemahnt. Das Geld, das sich durch einen optimalen Rückbau im beeinflussbaren Rahmen einsparen lässt, ist letztlich unser aller Geld.

Es fällt schwer, in dem mit einer hohen Eigendynamik ablaufenden Wohnplattenrückbau auch eine Chance zu erkennen - eine Gelegenheit für schönere, zukunftssträchtige Städte, in denen man gern wohnt. Dennoch, sie ist da, diese Chance im Stadtumbau Ost, wie das Nebeneinander der beiden Fotos zeigt. Das Forschungsprojekt zu den Anpassungsstrategien der Fernwärme ist ein Beitrag dazu, durch aktives Gestalten die anstehenden Probleme mit realistischem Blick nach vorn in den Griff zu bekommen.

*Dr. Matthias Krause,
Geschäftsführer Energieversorgung, Halle
Dr. Winfried Schuricht,
Geschäftsführer GEF Chemnitz mbH*

Kommunale Gebührensonderbelastungen im Zuge des Stadtumbaus Beratung der AG Betriebskosten

Ausgehend von einer Initiative des Netzwerkes „Stadtumbau“ wurde in der Stadt Halle der Auftakt zu einem speziellen Dialog zwischen Wohnungsunternehmen und Kommunalverwaltung gebildet. Im Mittelpunkt stehen die finanziellen Sonderbelastungen von Wohnungsunternehmen im Zuge des Stadtumbaus. Die Debatte spannt sich inhaltlich von den Gebühren für Müll, Niederschlagswassereinführung und Straßenreinigung für Leerstandshäuser bzw. Abrisszonen bis hin zu Straßensondernutzungsgebühren für die Aufstellung von Bauschuttcontainern und Straßensperrungen im Zuge von Abrissmaßnahmen. Auch die mit Abstand am

schwierigsten Materie der Grundsteuer blieb nicht ausgespart. So wurde vorgeschlagen, für alle Objekte, zu denen keine Einheitswerte vorliegen, ab dem Jahr des aktiven Gebäudeleerzuges die Basis der Ersatzbemessung zu ändern. Das könnte z. B. realisiert werden, indem statt der gesamten alten Wohnfläche nur noch die am 01.01. des Jahres bewohnte oder bewohnbare Fläche herangezogen wird.

Nach einem ersten Schriftwechsel zwischen dem Büro der Oberbürgermeisterin, die zeitgleich Vorsitzende der Lenkungsgruppe „Stadtumbau in Halle“ ist, sowie dem Netzwerk Stadtumbau zu Grundsatzaspekten, werden die offen

gebliebenen Detailfragen nun in Einzelgesprächen mit den zuständigen Ressortleiterinnen und -leitern geklärt. Die entsprechende Abstimmung der Wohnungsunternehmen dazu erfolgte auf der letzten AG „Betriebskosten“, die sich unter Leitung von Ines Kirmas, GWG-Halle-Neustadt mbH in regelmäßigen Abständen trifft. Die Koordinierung der laufenden Abstimmungsarbeiten erfolgt über das isw Institut, als dem wissenschaftlichen Begleit- und Moderationscenter des Netzwerkes Stadtumbau in Halle.

*Anita Steinhart
isw Institut*

Stadtumbau Sachsen-Anhalt - Quo vadis Spannende Podiumsdiskussion mit Landtagsvertretern

Die Zukunftsperspektiven des dieses Jahr in Fahrt gekommenen Stadtumbauprozess im Land Sachsen-Anhalt standen im Mittelpunkt der letzten Mitteldeutschen Wohnungswirtschaftlichen Gespräche am 06. Oktober in Halle. Die Gesprächsreihe wird in halbjährlichen Abständen vom isw Institut für Wirtschaftsförderung und Strukturpolitik gGmbH sowie dem Netzwerk „Stadtumbau in Halle“ veranstaltet. Netzwerksprecher Wolfgang Schulze begrüßte dieses Mal mit André Schröder (CDU), Thomas Felke (SPD) und Frank Radschunat (PDS) drei fachkundige landespolitische Vertreter zu einer Podiumsdiskussion zum Thema „Stadtumbau in Sachsen-Anhalt – Quo Vadis“ unter Moderation von Anita Steinhart vom isw Institut.

Die drei Podiumsgäste stellten eingangs einvernehmlich fest, dass die Bilanz der ersten drei Jahre des Stadtumbaus in Sachsen-Anhalt trotz vielfacher Anlauf- und Abwicklungsschwierigkeiten als positiv zu werten sei. Mit dem Abriss von bislang rund 12.000 Wohnungen im Land sowie vielfältigen Aufwertungsmaßnahmen sieht sich die Politik hier durchaus auf der Zielgeraden. André Schröder (CDU) bezeichnete den Stadtumbau in diesem Zusammenhang treffend als ein „lernendes Programm“, das den Agierenden im Erfolgsinteresse vielfach Anpassungsleistungen abzollte.

In mittelfristiger Hinsicht sehen die Politiker dennoch ganz besonderen Handlungsbedarf,

um die bisherigen Anfangserfolge in dem weiterhin umfangreichen Prozess nicht zu gefährden. Thomas Felke (SPD) unterstrich die Notwendigkeit zur Verbesserung der Kofinanzierungsfähigkeit der Kommunen. Ansätze dazu bietet aus seiner Sicht die anstehende Novellierung des Finanzausgleichsgesetzes. Radschunat (PDS) sprach sich für eine weitere Effektivierung der knappen Landesmittel für den Stadtumbau aus. Möglichkeiten sieht er hier bspw. durch die ressortübergreifende Bündelung von Fördermitteln. Auch der bislang finanziell nur schwach abgesicherte Rückbau technischer Infrastruktur wird, wie insbesondere auch Schröder betonte, als besonderes Problem für die erfolgreiche Fortführung des Stadtumbau anerkannt.

Dass Stadtumbau weiterhin oberste politische Priorität besitzen muss, da war man sich unter den Fachpolitikern einig. Der wohnungspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion André Schröder stellte vor diesem Hintergrund heraus, dass trotz der Gesamtabenkung des Landeshaushaltes um 10 % auch für 2005/06 die volle Kofinanzierung der Bundesmittel für den Stadtumbau vorgesehen ist. Inhaltlich sei dabei angesichts des nach wie vor sehr hohen Leerstandsniveaus von 135.000 Wohnungen in den 43 Programmstädten des Landes weiterhin der Förderung von Abrissmaßnahmen Priorität einzuräumen sein.



Die Landespolitiker (auf dem Foto von links nach rechts) Frank Radschunat (PDS), Thomas Felke (SPD) und André Schröder (CDU) diskutierten über die Zukunft des Stadtumbaus Ost in Sachsen-Anhalt. In der Mitte Moderatorin Anita Steinhart (isw Institut).

Privatinitiative „Stadtumbau“ Weiterführung mit teils neuen Scherpunkten geplant

Die Unternehmen aus den Bereichen Bau-, Versorgungs- und Wohnungswirtschaft, die sich im letzten Jahr im Rahmen der Privatinitiative „Stadtumbau“ verschiedenen Fragen der Stadtentwicklung in Halle gewidmet haben, planen eine Fortsetzung ihrer Zusammenarbeit. Wichtige inhaltliche Themen des bisherigen in der Regel projektbezogenen Informations- und Erfahrungsaustausches waren u.a. der Riebeckplatz in Halle und PPP-Vorhaben in der Stadt Halle.

Wie bei der Besprechung zum Abschluss des

ersten gemeinsamen Arbeitsjahres verlaubarbar wurde, sollen teils neue Schwerpunktsetzungen der Arbeit definiert werden, die stellenweise auch über die Stadt Halle hinausreichen. Im Blickpunkt stehen dabei neben PPP-Projekten, Fragen der Sanierung und Modernisierung von Wohnungsbauten in Osteuropa sowie EU-Projekte im Bau- und Wohnungsbereich. Um den neuen Arbeitszielen inhaltlich gerecht werden zu können, wird aktuell über die Erweiterung bzw. Veränderung des Teilnehmerkreises diskutiert.

Stadtumbauverträge und Quartiersvereinbarungen

Die Stadt Halle plant für das kommende Jahr den Abschluss von Stadtumbauverträgen gem. § 171 c des neuen Baugesetzbuches. Vertragspartner sollen die Wohnungsunternehmen nehmen sein, die Fördermittel aus dem Stadtumbauprogramm erhalten. Ziel ist insbesondere, die Vergabe von Fördermitteln an bestimmte Gestaltungsauflagen im Rahmen des Stadtumbaus zu koppeln. Im Rahmen der letzten Sitzung der Lenkungsgruppe Stadtumbau am 13. Oktober brachten die Wohnungsunternehmen ihrerseits den Vorschlag, in einer speziellen Arbeitsgruppe die Ausarbeitung von Quartiersvereinbarungen zu prüfen. Dabei soll es um vertragliche Vereinbarungen zum planmäßigen Rückbau verschiedener Quartiersbereiche zwischen verschiedenen Wohnungsunternehmen gehen. Über die Möglichkeiten und Inhalte solcher Vereinbarungen soll im Weiteren noch diskutiert werden.

Termine/Veranstaltungshinweise 4. Quartal 2004

- 18. 11. 2004**
Redaktionsbeirat zur PR-Kampagne
- 29. 11. 2004**
Netzwerk Stadtumbau
- 06. 12. 2004**
Sondersitzung des Netzwerkes Stadtumbau mit Kommunal- und Landespolitikern
- 16. 12. 2004**
Redaktionsbeirat zur PR-Kampagne
- 16. 12. 2004**
Lenkungsgruppe Stadtumbau

(Veranstaltungsort: Halle; Teilnahme jeweils auf Einladung; Rückfragen an: Anita Steinhart, isw Institut, Tel. 0345 / 52 13 60 oder steinhart@isw-institut.de)

IMPRESSUM

Herausgeber und Redaktion:

Netzwerk „Stadtumbau in Halle (Saale)“
sowie isw Institut für Strukturpolitik
und Wirtschaftsförderung
gemeinnützige Gesellschaft mbH
Heinrich-Heine-Str. 10
06114 Halle (Saale)
Tel.: 0345-52 13 60
Fax: 0345-5 17 07 06
Mail:
netzwerk-stadtumbau-halle@isw-institut.de
Redaktionsschluss: 01.11.04

Foto-/Grafiknachweis:

Seite 1: Stadtmarketinggesellschaft
Halle GmbH
Seite 2: VdWg-Sachsen-Anhalt e.V.
Seite 4: GWG mbH Halle-Neustadt
Seite 5: EVH, Jens Schlüter
Seite 6: HWGmbH Halle
Seite 7: GEF Chemnitz
Seite 8: isw Institut